

Herausforderungen und Perspektiven

Welche Zukunft hat die Demokratie?

M1 Die Macht der Medien: Neue Instrumente im Kampf gegen die Unterdrückung

Aus dem Vorwort von Salil Shetty, dem Internationalen Generalsekretär von Amnesty International, zum Amnesty Report 2011:

2010 wird möglicherweise als ein Jahr der Zeitenwende in die Geschichte der Menschenrechte eingehen: Menschenrechtsverteidiger und Journalisten bedienten sich zunehmend neuer Technologien, um die Mächtigen mit der Wahrheit zu konfrontieren und auf diese Weise auf eine stärkere Einhaltung der Menschenrechte zu dringen. Es war auch das Jahr, in dem einige repressive Regierungen damit rechnen mussten, dass ihre Tage gezählt sind.

Informationen zu besitzen, verleiht Macht, und für Menschen, die sich gegen den Missbrauch der Macht durch Staaten und andere Institutionen wehren, sind dies bewegte Zeiten. Der Kampf zwischen denen, die Menschenrechtsverstöße begehen, und den mutigen und einfallsreichen Menschen, die diese Verstöße an die Öffentlichkeit bringen, währt schon lange. [...]

Die Online-Plattform Wikileaks, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Dokumente aus einer Vielzahl von Quellen ins Internet zu stellen, begann 2010 damit, die ersten von hunderttausenden geheimer Dokumente zu veröffentlichen, die ihr Bradley Manning, ein IT-Spezialist der US-Armee, zugespielt haben soll. Dem 22-Jährigen, der sich derzeit in Untersuchungshaft befindet, droht eine Haftstrafe von möglicherweise mehr als 50 Jahren, sollte er wegen Spionage und anderer Straftaten schuldig gesprochen werden.

Wikileaks hat für Whistleblower, die auf Missstände hinweisen wollen, einen weltweit zugänglichen „Abladeplatz“ für ihre Dokumente geschaffen. Die Verbreitung und Veröffentlichung geheimer und vertraulicher Regierungsdokumente demonstrierte die Macht dieser Plattform. [...]

Im Juli begannen Wikileaks und einige große Zeitungen mit der Veröffentlichung von fast 100 000 Dokumenten zum Krieg in Afghanistan. Daraufhin entzündeten sich Diskussionen über den Inhalt, die Rechtmäßigkeit und die Folgen dieser Enthüllungen. Die Dokumente lieferten wertvolle Bestätigungen für Menschenrechtsverletzungen, über die Journalisten und Menschenrechtsverteidiger zuvor bereits berichtet hatten, die aber von der afghanischen Regierung, der US-amerikanischen Regierung und seitens der NATO immer bestritten worden waren. Gleichzeitig waren Menschenrechtsorganisationen aber auch alarmiert, als Taliban ankündigten, sie würden die bei Wikileaks eingestellten Dokumente prüfen und alle Afghanen bestrafen, die mit der afghanischen Regierung und ihren internationalen Unterstützern kooperiert hätten. Die neue Technologie birgt sowohl Chancen als auch Risiken, wie alle Werkzeuge. Wikileaks ergriff Maßnahmen, um sicherzustellen, dass bei der Veröffentlichung von Dokumenten künftig der bewährte Grundsatz „niemandem Schaden zufügen“ gewahrt wird – ein Grundprinzip der Arbeit von Amnesty International in den vergangenen 50 Jahren.

Als Reaktion auf diese Veröffentlichungen gingen die von den Enthüllungen betroffenen Regierungen mit einem uralten Argument zum Gegenangriff über. Sie erklärten, die Bekanntgabe von Dokumenten, die Übergriffe und Straftaten von Regierungen aufdeckten, gefährde die nationale Sicherheit und sei somit illegal. In den meisten Fällen wurden die Enthüllungen, die Beweise enthielten für Verstöße gegen das Völkerrecht und für das Versäumnis, diese Straftaten zu untersuchen und die Verantwortlichen strafrechtlich zu verfolgen, schlicht ignoriert.

Im Oktober schaltete Wikileaks fast 400 000 Dokumente zum Krieg im Irak frei. Erneut bemühten die betroffenen Regierungen das Schlagwort der nationalen Sicherheit, und erneut machten Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen klar, dass eben diese Regierungen ihrer Verpflichtung zur Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung mutmaßlicher Kriegsverbrechen und anderer Verbrechen im Sinne des Völkerrechts nicht nachkamen. Aus den Dokumenten ging auch hervor, dass genau die Regierungen, die Berichte von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen über solche Verstöße zurückwiesen, selbst im Besitz von Dokumenten waren, die die Richtigkeit dieser Berichte unzweifelhaft bestätigten.

Dies wurde jedoch noch überboten, als Wikileaks und fünf große internationale Zeitungen Ende November 2010 gleichzeitig mit der Veröffentlichung der ersten 220 von insgesamt 251 287 vertraulichen – aber nicht als „top secret“ eingestuft – diplomatischen Depeschen aus 274 US-amerikanischen Botschaften, Konsulaten und diplomatischen Vertretungen weltweit begannen, die aus der Zeit zwischen dem 28. Dezember 1966 und dem 28. Februar 2010 stammten. Dieses jetzt zugängliche neue Material, das unverzüglich sowohl von jungen engagierten Bloggern als auch von alt gedienten Zeitungsredakteuren unter die Lupe genommen wurde, gab existierenden Bewegungen frischen Auftrieb und brachte neue Akteure auf die Bühne. [...]

Ohne den Kampf mutiger Menschenrechtsverteidiger in den vergangenen 20 Jahren hätte es die „Jasmin-Revolution“ in Tunesien nicht gegeben. Dass diese aktiven Menschen im Ausland Unterstützung fanden, ist möglicherweise auch darauf zurückzuführen, dass Wikileaks-Dokumente über Tunesien gelesen wurden und man den Grund ihrer Empörung verstand. So machten einige der Dokumente deutlich, dass vielen Regierungen weltweit sowohl die politische Repression in Tunesien als auch die mangelnden ökonomischen Perspektiven der Bevölkerung bewusst waren, dass sie jedoch kaum auf Veränderungen drängten. Eine diplomatische Depesche zeigte, dass sowohl der kanadische als auch der britische und der US-amerikanische Botschafter wussten, dass die tunesischen Sicherheitskräfte Gefangene folterten, dass die sogenannten diplomatischen Zusicherungen der Regierung, nach Tunesien zurückgeführte Gefangene nicht zu foltern, zwar „von Wert“, aber nicht hinreichend verlässlich waren und dass das Internationale Komitee vom Roten Kreuz keinen Zugang zu den Haftzentren des Innenministeriums erhielt.

100 In einer weiteren ins Netz gestellten Depesche äußerte sich der US-amerikanische Botschafter ausführlich zur wirtschaftlichen Misere Tunesiens, die er darauf zurückführte, dass das Land von Korruption durchdrungen sei. Sie reiche von den Beutezügen der Polizei bis hin zum langen Arm der „Familie“, d. h. den näheren und ferneren Verwandten von Ben Ali, die ihre Macht zur Anhäufung von Reichtum nutzen. [...]

105 Die Reaktion der westlichen Regierungen auf die Situation in Tunesien und Ägypten ist sehr aufschlussreich. Die US-Regierung beendete ihre langjährige Beziehung zum tunesischen Präsidenten. Die französische Außenministerin bot der Regierung Ben Alis zunächst an, ihn beim Umgang mit den Protesten zu unterstützen, doch als dies in Frankreich einen Sturm der Entrüstung auslöste und Zine el-Abidine Ben Ali aus Tunesien flüchtete, entschied man sich schließlich dafür, die Protestbewegung zu unterstützen. Als es in Ägypten zu ähnlichen Protesten kam, wirkten die Regierungen der USA und vieler europäischer Staaten zunächst völlig überrascht und zeigten keinerlei Bereitschaft, die ersten Forderungen der Demonstrierenden nach einem sofortigen Rücktritt von Präsident Muhammad Hosni Mubarak zu unterstützen.

120 Insbesondere die USA haben ungeachtet aller Beweise für die Brutalität der Regierung Mubarak in den vergangenen 30 Jahren viel in deren Stabilität investiert. Auch zahlreiche andere Regierungen in der ganzen Welt, die gerne Bekenntnisse zu Menschenrechten und Demokratie ablegen, haben politische Anführer wie Muhammad Hosni Mubarak in Ägypten und Zine el-Abidine Ben Ali in Tunesien ausdrücklich unterstützt, wohl wissend, dass sie korrupt waren und die Rechte der eigenen Bevölkerung mit Füßen traten. So erfolgte beispielsweise die erste „außerordentliche Überstellung“, also das „Outsourcing“ von Folter, unter der Regierung von Bill Clinton, als Gefangene nach Ägypten verbracht wurden – ein Land, das für die systematische Anwendung von Folter bekannt war. Die Beweise für diese Scheinheiligkeit, die durch die vielen von Wikileaks veröffentlichten diplomatischen Depeschen einmal mehr untermauert wurden, stellen diese Regierungen bloß und nähren Zweifel an ihren Bekenntnisse zu den Menschenrechten. Am Schluss war der Mut der friedlich Protestierenden, die ihr Leben auf den Straßen Kairo u. a. Städte riskierten, stärker als der Durchhaltewillen von Präsident Mubarak und seinen Unterstützern.

140 Seit die diplomatischen Depeschen ins Internet gestellt wurden, suchen die betroffenen Regierungen hektisch nach Straftaten, die man Wikileaks (und Bradley Manning) zur Last legen könnte. Diese Reaktion gibt sehr zu denken. Die US-Regierung, die Wikileaks am heftigsten attackierte, hatte kurz zuvor noch eine ganz andere Meinung vertreten und neue Entwicklungen zur Verbreitung von Informationen über andere Länder unterstützt. Im Januar 2010 hatte US-Außenministerin Hillary Clinton die Regierungen weltweit aufgefordert, ihren Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Internet nicht zu verwehren, und die Zensur des Internets mit der Berliner Mauer verglichen. „Nie war die Informationsfreiheit so groß wie heute“, sagte Clinton. „Selbst in autoritären Ländern helfen Informationsnetzwerke den Menschen, neue Fakten an die Öffentlichkeit zu bringen und die Regierungen stärker zur Verantwortung zu ziehen.“

155 Sie sprach auch davon, dass Barack Obama bei seinem China-Besuch im November 2009 das Recht der Menschen auf freien Zugang zu Informationen verteidigt und gesagt habe, „je freier die Informationsströme zirkulieren können, desto stärker werden

160 die Gesellschaften“. Er habe davon gesprochen, wie der Zugang zu Informationen den Bürgerinnen und Bürgern helfe, „ihre Regierungen zur Verantwortung zu ziehen, neue Ideen zu entwickeln und die eigene Kreativität zu entfalten“.

Doch die USA sind nicht das einzige Land, das sich ein ordentliches und folgsames Internet wünscht und das die neuen Technologien gleichzeitig nutzt, um das Recht auf Privatsphäre auszuhebeln. Durch das Internet tritt einmal mehr das Bestreben von Regierungen zutage, den Zugang zu Informationen zu kontrollieren. So werden Inhalte im Internet zensiert, die den Mächtigen als Bedrohung erscheinen, gleichzeitig bedienen sich Regierungen selbst schon längst des „Hackens“ und der Überwachung. [...]

170 Bis zum Fall Wikileaks schienen die Regierungen sicher zu sein, dass sie die Oberhand behalten würden. Aber als die Unternehmen, die für die Arbeit von Wikileaks unerlässlich waren, ihre Unterstützung der Plattform einstellten – wobei unklar blieb, ob dies auf unmittelbaren Druck seitens der US-Regierung erfolgte –, griffen Hacker in aller Welt die Firmen und Regierungen an, die Wikileaks verurteilten.

180 Die verstärkte Hacker-Aktivität und die Veröffentlichung zahlreicher weiterer Dokumente – ungeachtet der Empörung verschiedener Regierungen und ihrer Drohungen – haben gezeigt, dass Wikileaks die Spielregeln der Informationskontrolle verändert hat. Es wurde auch deutlich, dass einige Hacker ohne jede Rücksicht vorgehen und damit den Schutz der Privatsphäre und die Sicherheit einzelner Personen gefährden.

Der Wunsch, Informationen zu veröffentlichen, kann seine eigenen Probleme hervorrufen, wenn dabei die Rechte des Einzelnen nicht ausreichend geschützt werden. Im August erstatteten zwei Frauen gegen Julian Assange, den Gründer von Wikileaks, Strafanzeige nach dem schwedischen Gesetz wegen sexueller Nötigung. Hacker veröffentlichten die Namen der beiden Frauen, die in den Medien als Handlangerinnen der US-amerikanischen und der schwedischen Regierung diffamiert worden waren. Dies zeigt, dass Frauen in der neuen virtuellen Welt weiterhin als Bauernopfer gelten – oder schlimmer noch, als hinnehmbarer Kollateralschaden. Um es klar zu sagen: Die beiden Frauen haben Anspruch auf die gründliche Untersuchung der Vorwürfe, die sie gegen Julian Assange erheben, und darauf, dass bei Vorliegen ausreichender Beweise Strafverfolgungsmaßnahmen gegen ihn eingeleitet werden. Für Julian Assange muss der Grundsatz der Unschuldsvermutung gelten, und er muss ein rechtsstaatliches und faires Verfahren erhalten.

Die Rechtslage in Bezug auf die Menschenrechte ist eindeutig. Die Regierungen müssen transparent agieren und dürfen das Recht auf freie Meinungsäußerung (einschließlich des Rechts, Informationen zu empfangen und weiterzugeben) nur dann einschränken, wenn es zur Wahrung des Ansehens und der Rechte anderer Menschen oder zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der Gesundheit der Bevölkerung oder der öffentlichen Moral erforderlich ist. Das Ansinnen mancher Regierungen, das Interesse der nationalen Sicherheit als Joker auszuspielen, um die Informationsfreiheit einzuschränken, ist niemals gerechtfertigt – besonders dann nicht, wenn mit solchen Einschränkungen Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht vertuscht werden sollen. Doch umgekehrt rechtfertigen Heuchelei und Täuschung seitens der Regierungen auch keine Hackerangriffe auf die Staatsanwaltschaft und die Verletzung der Privatsphäre der Klägerinnen.

220 Genau wie andere Kommunikationstechniken hat das Internet nichts Magisches oder Deterministisches. Technologie ist weder grundsätzlich gut noch schlecht für die Menschenrechte. Sie ist ein Werkzeug, das beide Seiten benutzen, sowohl diejenigen, die Ungerechtigkeiten überall auf der Welt anprangern wollen, als

225 auch diejenigen, die den Zugang zu Informationen kontrollieren und kritische Stimmen unterdrücken wollen. Das gilt heute und wird auch in Zukunft so sein. [...]

In der Debatte um Wikileaks und in der Kontroverse um mutmaßliche sexuelle Übergriffe von Julian Assange wurde deutlich, dass die Verbreitung von Dokumenten ohne ausreichende Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz der darin genannten Personen in moralischer Hinsicht problematisch ist. Hier fehlt es an der moralischen Eindeutigkeit, mit der – zumindest im Nach-

230

235 hinein – die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere bewertet wird. Wer Wikileaks unmoralisch findet, muss sich eines klar machen: Wenn die Instanzen versagen, die den Mächtigen die Wahrheit sagen sollten, ist es verständlich, dass die Menschen, die tagtäglich unter Machtmissbrauch leiden, von Wikileaks begeistert sind. Ihre letzte Hoffnung ist, dass die Enthüllung von Information dazu führt, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden – wie konfus, beschämend und scheinbar kontraproduktiv die enthüllten Informationen auch sein mögen. [...]

Salil Shetty: Die Macht der Medien: Neue Instrumente im Kampf gegen die Unterdrückung. Auf: www.amnesty.de/2011/5/11/die-macht-der-medien-neue-instrumente-im-kampf-gegen-die-unterdrueckung?destination=node%2F17900 (Zugriff: 01.02.2012)

Arbeitsvorschlag

1. Stellen Sie die positiven und negativen Aspekte der Enthüllungsplattform Wikileaks dar. Beurteilen Sie die Bedeutung dieser oder ähnlicher Internetplattformen in Bezug auf die Frage nach der Zukunft der Demokratie.